

Frieden und Sicherheit in Freiheit und Gerechtigkeit

Auszüge aus dem Dresdener Appell der PDS

Die Angriffe auf New York und Washington, das unsäglich Leid tausender Menschen haben die Welt aufgerüttelt. Wir trauern um die Opfer, wir sind solidarisch mit den Bürgerinnen und Bürgern der Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Verantwortlichen für die Anschläge müssen ermittelt und verurteilt werden. Krieg darf jedoch nicht die Antwort auf Terror sein. Politik hat nicht Rache zu nehmen, Politik hat die Pflicht, Frieden zu stiften. Der Kampf gegen den Terrorismus kann gewonnen werden, der Krieg gegen ihn niemals.

Herausforderung für eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur

Ein Trugschluss ist das Versprechen, Sicherheit sei durch militärische Vormacht, Unverwundbarkeit durch Aufrüstung, Abschreckung durch Bedrohung zu garantieren. Diesem Machbarkeitswahn wurde auf entsetzliche Art der Boden entzogen. Sicherheit gibt es nur mit-, nicht gegeneinander. Sicherheit gibt es nur politisch und durch die Herrschaft des Rechts. Diese Erkenntnis ist die Zäsur des 11. September.

Noch überlagert die neue Allianz gegen den Terrorismus, dass die internationale Gemeinschaft Terrorismus sehr unterschiedlich deutet, und dass unter der Flagge des Antiterrorismus Partikularinteressen verfolgt werden. Noch ist nicht gesichert, dass im Kampf gegen den Terror Menschen- und Bürgerrechte gewahrt werden. Noch immer ist unsere Welt in arm und reich geteilt. Sie darf nicht auch

noch in gut und böse gespalten werden. Kein Volk dieser Erde ist ein Schurkenvolk, keine Religion eine Schurkenreligion. Als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten sind wir dem Frieden, der Freiheit und der Gerechtigkeit verpflichtet. Tagtäglich sterben Tausende Menschen aus Not an Hunger und Krankheit, lautlos und von der Welt vergessen. Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen. Ohne sie wird es Sicherheit nicht geben. Für uns genau so wenig wie für andere.

Für eine Stärkung der UNO

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes nutzen die USA als einzige verbliebene Weltmacht die NATO als militärisches Instrument ihrer globalen Interessenpolitik. Das aber nützt noch nicht einmal ihrer eigenen Sicherheit, von der europäischen Sicherheit ganz zu schweigen.

Die Bürde der Erhaltung von Frieden und internationaler Sicherheit muss auf den Schultern der gesamten Völkergemeinschaft liegen. Allein der UNO gebührt international die sicherheitspolitische Kompetenz. Solange die Regierungen der USA die Verantwortung nicht teilen und ihr Land zu einer unilateralen Weltherrschaft verdammen, werden die Vereinigten Staaten mehr noch als andere Ziel des globalen Terrorismus sein.

Das Denken in den Kategorien des Kalten Krieges getreu dem Motto: Der Feind meines Feindes ist mein Freund, muss ein für allemal beendet werden. Die **PDS** kämpft dafür, dass das oberste

Forts. auf Seite 3

Auch im nächsten Sommer Nizzabad - aber wie?

Das Nizzabad bleibt erhalten, so haben die Velberter Bürgerinnen und Bürger entschieden. Wie geht es nun weiter? *Schlüsselbund* fragte die Bürgerinitiative „Pro Nizzabad“ nach ihren Vorstellungen.

Schlüsselbund: Der 1. Juli 2001 war für Sie und die Bürgerinitiative „Pro Nizzabad“ ein großer Erfolg. 14213 Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt haben für den Erhalt des Bades gestimmt. War das für Sie ein Sieg?

„Pro Nizzabad“: Es war ein Sieg für die Velberter Bevölkerung, insbesondere für die Kinder und Jugendlichen unserer Stadt; aber auch ein Erfolg für die Demokratie und ein Zeichen gegen Politikverdrossenheit, denn hier haben Bürgerinnen und Bürger ein in unserer Kommunalverfassung vorgesehenes Instrument genutzt, um eine von der Mehrheitsfraktion getroffene Sachentscheidung zu korrigieren.

Forts. auf letzter Seite



Aktion: „Der Stöpsel bleibt drin“

Anstelle einer Glosse...

Liebe Leserin, lieber Leser, normalerweise steht an dieser Stelle im Schlüsselbund immer eine Glosse, also ein Text, in dem bestimmte politische Ereignisse, Situationen oder Vorstellungen auf den Arm genommen werden.

Wir wollen bewusst nach den schrecklichen Ereignissen in New York darauf verzichten, da wir glauben, dass es momentan geschmacklos wäre, bestimmte Dinge hier zu glossieren.

Seit dem 07. Oktober herrscht Krieg. Ich glaube, das ist nicht die richtige Lösung, denn Bomben und Brot werden den Terrorismus noch stärker machen. Selbstverständlich gehören die Verantwortlichen für das New Yorker Attentat bestraft, jetzt trifft es aber - hier wie dort - unschuldige Zivilisten. Das schürt neuen Hass, denken wir nur an die Gefahr der Biowaffen, das macht mir Angst, große Angst.

Auch steht die UNO fast komplett außen vor, das Ganze wird zum Alleingang der USA. So stelle ich mir kein Bündnis gegen den Terrorismus vor. Bleibt zu hoffen, dass irgendwann die Vernunft siegt, Dialoge einsetzen, Schuldige und Verantwortliche vor ein internationales Tribunal gestellt werden.

sst.

Ratsherr Günter Judick nimmt Stellung zu den Angriffen der USA in Afghanistan

Auf Anfrage der Lokalredaktion der Westdeutschen Zeitung gab das Ratsmitglied der PDS / Offene Liste Günter Judick am 8.10.2001 folgende Erklärung ab:

„Ich halte nichts davon, auf Terror mit noch größerem Terror zu antworten. Krieg richtet sich immer zuerst gegen Unschuldige, weder an Terror noch an der Macht beteiligte Menschen. In den Kriegen der letzten Jahrzehnte stellten Zivilisten bis zu 90 Prozent aller Opfer. Ich bin sicher, dass auch nach den jetzigen militärischen Einsätzen die schamhaft als „Kollateralschäden“ bezeichneten zivilen Opfer größer sind, als die Verluste möglicher Terroristen.

Notwendige Maßnahmen zur Abwehr des Terrorismus dürfen weder zur Rechtfertigung des Krieges dienen, noch zur Einschränkung demokratischer Rechte in Richtung Notstandsstaat missbraucht werden.

Der Krieg kostet Milliarden. Die USA stellen dazu 40 Milliarden Dollar bereit, Deutschland will dafür drei Milliarden neue Steuern erheben. Diese Summen sollten besser zur Bekämpfung der

Armut in der Welt verwandt werden. Das wäre wirksam, um Ursachen des Terrors zu bekämpfen. Beide Länder, die USA und Deutschland sind bisher nicht bereit, dafür die von der UNO geforderten 0,7 Prozent des Sozialproduktes an Entwicklungshilfe zu leisten.

Es ist leicht, einen Krieg zu beginnen, viel schwieriger, ihn zu beenden. Auch unser Volk hat im vergangenen Jahrhundert für die Kriegsbereitschaft der Mächtigen bitter bezahlt.“

Mahnwache für den Frieden

Auch in Velbert herrscht Betroffenheit und auch Angst vor einer Eskalation von Terror und Gewalt. Diese Besorgnis brachten Bürgerinnen und Bürger am Freitag, dem 05. Oktober 2001 bei einer Mahnwache zu Ausdruck. Dort wurden auch Flugblätter verteilt, die auf eine Friedensdemonstration am darauf folgende Samstag hinviesen. Veranstaltet wurde die Mahnwache von der Velberter

PDS.

Was gefällt Ihnen in Velbert besonders gut - was gar nicht?

Mischen Sie sich ein - wir tun es

Kommunalpolitisches Wochenende der PDS 03./04. November 2001

Im Herbst plant die **PDS** - Velbert ein kommunalpolitisches Wochenende. Dieses findet am 03./04. November je ab 9.00 Uhr im Jugoslawischen Zentrum stattfinden. Ziel der Tagung soll die Erarbeitung eines kommunalpolitischen Programms sein, mit dem die **PDS** aktiv in das politische Geschehen Velberts eingreifen will. Bürgerinnen und Bürger der Stadt werden gebeten, an diesem Programm mitzuarbeiten. Wer Ideen, Anregungen, Alternativen, Vorschläge usw. hat, sollte sich an die hier angegebenen Kontaktadressen (siehe Artikel Vorstand) oder an **Ingrid Schween, Barkhorster Weg 5, 42549 Velbert**, wenden. Schauen Sie auch im Internet nach unter **www.pds-velbert.de**

Schicken Sie uns eine Email an **mail@pds-velbert.de**

*Warum nicht in die Ferne blicken?
Mit Bus und Bahn wird alles nah.
Warum im blöden Stau ersticken?
Denn die Schiene liegt doch da.*

Paul Stegmann



Forts. von Seite 1

Gebot der UN-Charta, wonach Krieg und die Androhung oder Anwendung militärischer Gewalt geächtet sind, in den internationalen Beziehungen von allen Staaten endlich geachtet wird.

Die Vereinten Nationen und ihre Unterorganisationen können den Weltfrieden sichern, Gefährdungen einzelner Staaten mildern und universell gültige Maßstäbe einer Weltinnenpolitik setzen. Sie müssen ihre Rolle als einzig legitimierte Weltorganisation zurück erhalten, müssen gestärkt und zugleich reformiert werden.

Die **PDS** schlägt einen anderen Weg vor

Nicht vom Individuum und seinen Freiheitsrechten geht die Gefahr aus, sondern vom Verbrechen. Es stützt sich auf Waffenhandel, Rauschgift, Geldwäsche, Menschenhandel, Spekulationen; manchmal reichen seine Verbindungen tief in Wirtschaft und Politik. Dagegen müssen Bürgerinnen und Bürger wirksam geschützt werden.

Sicherheit für die Menschen heißt in unserem Land auch, bereits existierende Gesetze zur Verbrechensbekämpfung konsequent anzuwenden. Strafverfolgungsbehörden, die Polizei und der Zivil- und Katastrophenschutz sind dafür personell zu stärken und technisch mit modernen Mitteln auszustatten. Bei begründetem Verdacht kann das Bankgeheimnis aufgehoben werden. Internationale Steueroasen sind zu schließen.

Öffentliche Einrichtungen, Verkehrsknotenpunkte, die Wasser- und Energieversorgung sind zu schützen. Selbstverständlich ist die Flugsicherheit zu verbessern. Das Sicherheitsrisiko Atomen ergie muss beseitigt werden.

Die **PDS** lehnt den Einsatz der Bundeswehr im Inneren ab. Sie ist gegen die Verschmelzung von militärischer, geheimdienstlicher und polizeilicher Arbeit. Die Bürger brauchen auch Sicherheit vor staatlicher Willkür.

Die **PDS** verteidigt die Zivilgesellschaft und den demokratischen Rechtsstaat. Diese Idee prägte nicht zu-

letzt den „amerikanischen Traum“. „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen“, so der amerikanische Präsident Benjamin Franklin, „wird beides verlieren.“

Frieden erhalten

Von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland fordern wir, dass sich Deutschland nicht an den Kriegsvorbereitungen beteiligt. Sie soll ihre guten Beziehungen zu den USA nutzen, um die Bush-Administration von Krieg abzuhalten.

Den richtigen Weg zu finden, Frieden zu erhalten und den internationalen Terrorismus zu bekämpfen - damit sind die Regierungen allein überfordert. Dazu braucht die Gesellschaft die Gedanken aus Wissenschaft und Friedensforschung, aus der Kultur, sie braucht die Erfahrungen der Friedensbewegung, die Stimmen aus Kirchen und Gewerkschaften, den Dialog mit der Bevölkerung. Dazu will die **PDS** beitragen.

Die Menschheit verfügt heute über alle Möglichkeiten, Kriege, Armut, Unterentwicklung dauerhaft zu beseitigen. Die Menschheit hat aber auch alle Fähigkeiten, menschliches Leben auf dem Erdball ein für alle Mal auszulöschen. Noch kann der drohende Krieg das letzte Aufbäumen eines Jahrtausends der Gewalt und Gegengewalt sein. Noch kann die Gegenwart stärker sein als die Mächte der Vergangenheit. Dazu bedarf es jetzt eines: Frieden!

Jetzt Doppelspitze bei der **PDS** - Velbert



Auf ihrer ordentlichen Jahreshauptversammlung am 31. August 2001 wählte die **PDS** - Basisgruppe Velbert einen neuen vierköpfigen Vorstand. Sprecherin

bzw. Sprecher bestehen aus einer gleichberechtigten Doppelspitze. Dies sind Ingrid Schween, Sozialarbeiterin von Beruf und der kfm. Angestellte Friedel Köster. Für die Pressearbeit und Geschäftsführung zeichnet der Lehrer Sigggi Stoff verantwortlich. Die Kasse führt Tatjana Weiß, sie ist Pharmazeutisch Kaufmännische Angestellte (PKA). Postalisch erreichen sie die **PDS** - Velbert über Friedel Köster, Kurt-SchumacherStr. 1, 42553 Velbert, Tel/ Fax: 02053-41792 Aber auch im Internet besteht die Möglichkeit sich aktuell über die Arbeit der Velberter **PDS** zu informieren:



www.pds-velbert.de

Fotos: Doppelspitze Ingrid Schween und Friedel Köster.



Zur aktuellen weltpolitischen Lage gefragt

Sahra Wagenknecht

Am 7. September 2001 war die bekannte PDS-Politikerin zu Gast in unserer Stadt und referierte im Jugoslawischen Verein. Aufgrund der schlimmen Ereignisse in New York sprachen wir mit ihr am Telefon und baten sie um eine Stellungnahme.

Schlüsselbund: Seit dem 11. September 2001 hat sich die Welt geändert - so sagen es uns zumindest die Medien.

S. Wagenknecht: Der Satz, dass seit dem 11. September 2001 nichts mehr ist, wie es war, ist in den letzten Wochen oft ausgesprochen worden. Er stimmt, wenn auch nicht unbedingt in dem Sinne, den mancher mit ihm verknüpft. Der barbarische Terroranschlag, dem über 6000 Menschen zum Opfer fielen, hat die Welt erschüttert. Wer immer für ihn verantwortlich ist, muss mit allen juristischen Mitteln zur Verantwortung gezogen werden. Wichtigste Voraussetzung dafür ist freilich, dass die Täter je seriös ermittelt werden. Dafür spricht wenig.

Blutiger Terror ist nicht erst mit dem 11. September 2001 auf diesen Planeten gekommen. Kriege, Bürgerkriege, Hunger und unvorstellbares Elend gehören zum Alltag in vielen Regionen dieser Welt; Stunde um Stunde fallen ihnen hunderte Menschen zum Opfer. Als Waffenlieferant und Stütze blutiger Diktaturen, als Schuldeneintreiber oder auch als Kriegspartei, wie in Vietnam, am Golf und nicht zuletzt in Jugoslawien, ist die „westliche Welt“ direkt verantwortlich für dieses Morden.

Schlüsselbund: Die Hardliner - insbesondere in den USA - fordern einen Krieg gegen Afghanistan. Kann ein solcher Krieg den Terrorismus bekämpfen oder gar abschaffen?

S. Wagenknecht: Nein, es geht nicht um Aufrechnung; es geht um Vermeidung von Einäugigkeit. Für Bushs Politik empfinde ich keinerlei Solidarität, auch keine kritische, sondern gar keine. Es ist durchaus kein Antiamerikanismus, über die Ursachen zu reden, weshalb der Supermacht USA und auch der NATO in weiten Teilen der Welt purer Hass entgegenschlägt.

Die gewaltige US-Militärmaschinerie ist in Bewegung gesetzt, ein „langfristiger Feldzug“ mit vielen Toten wurde angekündigt. Was hier vorbereitet wird, ist kein Kampf gegen den Terrorismus, sondern neuer Terror.

Schlüsselbund: Bundesinnenminister Schily fordert innenpolitisch härtere Maßnahmen, insbesondere gegen ausländische MitbürgerInnen. Besteht der Grund zur Annahme, dass langfristig verfassungsmäßig garantierte Grundrechte außer Kraft, zumindest aber extrem eingeengt werden?

S. Wagenknecht: Wer Schilys jüngste Auftritte verfolgt hat, ahnt: die bürgerliche Demokratie ist zum Abriss freigegeben. Das Horrorprogramm polizeistaatlicher Aufrüstung, das unter der Rubrik Terroristenbekämpfung jetzt auf die Tagesordnung kommt, ist alles andere als neu. Einschränkung des Datenschutzes, Einsatz der Bundeswehr im Innern, Regelanfrage beim Verfassungsschutz, Rasterfahndung, zumal mit klar rassistischen Vorgaben, Relegierung von Lehrerinnen - Rechtsaußen lässt grüßen. Nein, neu sind nicht die Pläne, neu ist, dass kaum noch einer zu widersprechen wagt.

Schlüsselbund: Gregor Gysi hat sich am 17. 09. 01 in der Berliner Zeitung wie folgt geäußert: „... dann hielte ich in der Tat begrenzte militärische Aktionen für statthaft, soweit sie ausschließlich darauf gerichtet sind, die Tatbeteiligten zu ergreifen, ohne unschuldige Menschen zu gefährden.“ Seine Auffassung hat in der **PDS** eine Grundsatzdiskussion ausgelöst.

S. Wagenknecht: Ich habe nicht verstanden, weshalb in einer Situation, in der die Vereinigten Staaten zu einem gewaltigen Militärschlag rüsten und warnende Stimmen sogar aus anderen Parteien hörbar werden, in einer Situation,



in der alles darauf konzentriert werden muss, gegen diesen Krieg zu mobilisieren, weshalb in einer solchen Situation eine Debatte über Sinn und Nutzen begrenzter Militäraktionen oder so genannter Kommandounternehmen begonnen wurde.

Schlüsselbund: Wird die **PDS** eine Partei des Friedens bleiben und sich weiterhin für die gewaltlose Lösung von Konflikten einsetzen?

S. Wagenknecht: Ich war sehr froh und erleichtert, dass unsere Fraktion sich in der Abstimmung verhalten hat, wie sie sich verhielt. Und ich unterstütze den Friedensappell, der diesem Parteitag vorliegt, mit seinen deutlichen Positionen. Die **PDS** ist Antikriegspartei - ohne Wenn und Aber - oder sie ist es nicht!

Schlüsselbund: Wie siehst du die Chancen auf eine friedliche Welt - auf eine Welt ohne Krieg für die Zukunft.

S. Wagenknecht: In den nächsten Monaten wird es darauf ankommen, ob es uns gelingt, wenigstens jenes Maß an Zivilisiertheit, das dem Kapitalismus in langen Kämpfen abgerungen wurde, zu verteidigen und eine verheerende Kriegspirale durch machtvolle Gegenbewegungen zu stoppen.

Schlüsselbund: Wir danken für dieses Gespräch und wünschen dir weiterhin viel Erfolg bei deiner politischen Arbeit.



Unser Mann im Rat - Günter Judick - berichtet...

36 Punkte umfasste die Tagesordnung zur Ratssitzung am 25. September. Dennoch war sie schon nach gut zwei Stunden zu Ende. Die meisten Punkte waren in den Fachausschüssen und im Hauptausschuss ausgiebig vorberaten und auch bereits in der Lokalpresse besprochen. So gab es nur einen Punkt, der eine größere Zahl von - vor allem ausländische MitbürgerInnen - als Zuhörer ange-lockt hatte. Doch gerade sie wurden von der Ratsmehrheit ent-täuscht.

Mehr Mitarbeit unerwünscht

Auf Anregung des Ausländerbeirates hatte die SPD-Fraktion den Antrag gestellt, dem Ausländerbeirat das Recht zu geben, zu den Fachausschüssen - Kultur, Schule und Sport, Jugendhilfe, Soziales, Umwelt und Planung, Wirtschaftsförderung und Strukturverbesserung - jeweils einen Vertreter mit beratender Stimme zu benennen.

Der Ausländerbeirat sah in der Öffnung dieser Möglichkeit der direkten Mitberatung in den Fachausschüssen, in denen die wichtigsten Vorentscheidungen fallen, die auch direkt Interessen unserer ausländischen Mitbürger betreffen, einen Weg, diesen Teil der Bürger unserer Stadt unmittelbarer an die Kommunalpolitik

heranzuführen und ihre Wünsche stärker einzubeziehen.

Die Verwaltung hatte dazu nach längerer Beratung aller rechtlichen Bedenken und Möglichkeiten einen positiven Beschlussvorschlag vorgelegt. Doch die Ratsmehrheit aus CDU, FDP, „Velbert anders“ und „Stadtteile voran“ lehnte das positive Angebot zur Förderung der Integration ausländischer Bürger ab. Die CDU verwies auf bisher zu gering genutzte Möglichkeiten des Beirates, eigene Wünsche an die Ausschüsse heranzutragen, der FDP waren die 30,- DM zusätzlicher Sitzungsgelder ein Ablehnungsgrund. So unterstützten nur Sprecher der SPD, der Grünen und der **PDS** /Offene Liste die Wünsche des Ausländerbeirates. Allerdings gab es dann doch noch eine Sensation. Als 21. Stimme kam das Ratsmitglied von „Velbert für Europa“ hinzu, das vorher von der CDU als Vertreter der ausländischen Bürger herausgestellt wurde. Zum ersten Mal stimmte er gegen eine CDU-Vorgabe, allerdings auch diesmal ohne ein Wort in der Ratssitzung zu sagen. Gäbe es mehr solcher Schweiger, wären viele Sitzungen noch kürzer.

Sichtlich enttäuscht verließen die als Zuhörer anwesenden ausländischen Bürger bald die Sitzung. Eine Chance zu stärkerer Integration wurde vertan.

Euroumstellung ohne Gebührenerhöhung

Nachdem die Entscheidungen über die Umstellung der städtischen Gebühren von der DM zum Euro, die vom Rat bestätigt werden mussten, im Wesentlichen abgeschlossen sind, kann erfreulicherweise gesagt werden, dass die Verwaltung die Gebühren korrekt umgerechnet hat und nicht die Chance zu verstärkten Verteuerungen nutzte. Soweit Abrundungen erforderlich waren, um glatte Summen zu erreichen, wurden sie mal nach oben, mal nach unten vollzogen, blieben jedoch weitgehend kostenneutral.

Beim Rathausvorplatz saftig zugelangt

Schon am Jahresanfang hatte die Verwaltung versucht, am Parkscheinautomaten für den Rathausvorplatz die Gebühr von 50 Pfennig auf zwei DM pro Stunde zu erhöhen. Damals protestierte der Rat, vor allem wohl weil er nicht gefragt worden war. Jetzt hatte die Ratsmehrheit es eilig, noch vor der Euro-Umstellung die Parkgebühren erneut zu vervierfachen. Nur in einem berücksichtigte sie Vorschläge aus dem Rat, indem jetzt nicht gleich zwei DM fällig werden, sondern 50 Pfennig je Viertelstunde, um Kurzparker nicht allzu stark zu belasten. Weitere Vorschläge, z.B. die erste halbe Stunde gebührenfrei zu lassen, wurden mit Mehrheit abgelehnt.

Aufgemerkt!

PDS -Velbert jetzt zweimal im Monat:

Jeden zweiten und letzten Freitag erreichen Sie uns im Jugoslawischen Verein, in der Friedrichstr. 93.

Die Örtlichkeit erreichen Sie aber nur über den Hofeingang von der Schulstraße aus. Hinter, bzw. kurz vor der Grundschule (je nachdem von wo Sie

kommen) befinden sich zwei Hofeinfahrten. An einem der Häuser, rechter Hand Richtung Hof gesehen, befindet sich eine große Eisentreppe. Über diese gelangt man in den Verein und so auch zur **PDS**.

Jedermann -frau ist herzlich eingeladen mal reinzuschauen.

Schlüsselbund

Impressum

erscheint unregelmäßig im Raum Velbert, Neviges, Langenberg. Verantwortlich im Sinne des Presserechtes: erster Sprecher, F. Köster, Kurt Schumacher-Str. 1, 42551 Velbert, Tel.: 02053-41792 Die Redaktion behält sich vor, unaufgeforderte Einsendungen zu kürzen, namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/der VerfasserIn wieder.

Fortsetzung von Seite 1

Schlüsselbund: Hat die Stadt - wie auf dem Stimmzettel gefordert - bereits ein Konzept vorgelegt, um den Bäderbetrieb auch in Zukunft zu sichern?

„Pro Nizzabad“: Mit dem erfolgreichen Bürgerentscheid ist rechtlich die Zukunft des Bades gesichert. Jetzt ist die Stadt gefordert, ein Konzept vorzulegen, mit dem die betriebswirtschaftliche Situation verbessert und der städtische Haushalt entlastet wird.

Schlüsselbund: Mittlerweile ist die Freibadsaison zu Ende. Wie geht es im nächsten Sommer mit dem Bad weiter?

„Pro Nizzabad“: Das Freibad steht auch in den nächsten Jahren der Bevölkerung zur Verfügung. Anfang Oktober werden Gespräche zwischen der Stadt Velbert und der BI aufgenommen. Deshalb ist es noch zu früh, über konkrete Maßnahmen zu berichten. Es gibt aber in anderen Städten genügend Beispiele, wie mit bürgerschaftlichem Engagement und städtischem Knowhow Bäder einerseits kostengünstiger und andererseits qualitativ besser geführt werden können.

Schlüsselbund: Wir haben erfahren, dass die Bürgerinitiative ein eingetragener Verein geworden ist. Was wird damit bezweckt?

„Pro Nizzabad“: Als eingetragener Verein konnte die BI Spenden für die Infor-

mation der Bevölkerung und den „Wahlkampf“ im Rahmen des Bürgerentscheides auch steuergünstig für die Spender annehmen. In Kürze werden wir einen zusätzlichen Förderverein gründen, mit dem Ziel, die Verbesserung des Bäderstandortes Langenberg inhaltlich und finanziell zu unterstützen.

Schlüsselbund: Welche Vorschläge unterbreiten Sie der Stadt, damit sie Gelder an anderer Stelle einsparen kann, um soziale Einrichtungen wie Bäder, Büchereien, Musikschulen usw. zu erhalten?

„Pro Nizzabad“: Wir verstehen den erfolgreichen Bürgerentscheid als Auftrag an die Stadt Velbert, hier ein Modellprojekt zu versuchen, mit dem bürgerschaftlichen Engagement zu Einsparungen zu kommen, ohne das Qualitätsverluste im Bäderbereich für die Bevölkerung eintreten. Was Bürgerinnen und Bürger in Velbert leisten können, zeigt sich in Neviges und Langenberg durch die Angebote, die die Bürgerbusvereine in Ergänzung des öffentlichen Nahverkehrs anbieten. Ein anderes Beispiel sind die ortsbezogenen Aktivitäten der vielen Bürgervereine hier in Velbert.

Schlüsselbund: Der Ausgang des Bürgerentscheides war ja nicht die erste Niederlage, die unser Bürgermeister Herr Hörr einstecken musste, ein weiteres Beispiel ist das Waikiki-Bad. Sind sie der

Meinung, dass unser Bürgermeister sein Amt zur Verfügung stellen müsste?

„Pro Nizzabad“: Es ist nicht Aufgabe der BI, sondern der Wähler, über das Amt des Bürgermeisters zu entscheiden. Unsere Aufgabe war es, eine Sachentscheidung, die gegen die Interessen der Bevölkerung und insbesondere unserer Kinder und Jugendlichen gerichtet war, zu korrigieren und an der Entwicklung vernünftiger alternativer Konzepte mitzuwirken. **Schlüsselbund:** Wie können die Bürgerinnen und Bürger Velberts die Arbeit der Bürgerinitiative unterstützen?

„Pro Nizzabad“: Wie gesagt, in Kürze wird ein Förderverein gegründet. Wir freuen uns über jeden, der bereit ist, mitzuarbeiten. auch jede Spende - Kto.-Nr.:131131000; BLZ: 45261547 bei der Volksbank Sprockhövel, Niederlassung Langenberg - ist uns willkommen. Wichtig ist, der Verwaltung zu zeigen, wie man zusammen mit der Bürgerschaft geeignete Sparmaßnahmen sozial verträglich realisieren kann.

Schlüsselbund: Wir danken für dieses Gespräch und wünschen der Bürgerinitiative weiterhin viel Erfolg bei ihrer Arbeit.

Münzen Sie mit bei der Aktion Milch für Cubas Kinder

Die Demokratische Linke Wülfrath (DLW) hat schon mehrere Tausend Mark nach Cuba spenden können, und so das Projekt „Milch für Cubas Kinder,“ unterstützt.

Auch Velberter Bürgerinnen und Bürger können diese Aktion unterstützen. Haben Sie noch Münzen von Ihren Urlaubsreisen in den Schubläden, im Strickstrumpf oder sonstwo schlafen, können Sie diese Münzen nicht mehr umtauschen, dann rufen Sie uns an oder bringen Sie diese Münzen zu uns. Wir werden das Geld dann nach Wülfrath weiterleiten und von dort geht es ab nach Cuba.

Also, bevor Sie Geld verfallen lassen oder gar wegschmeißen, helfen Sie besser Cubas Kindern.

Wenden Sie sich an folgende Adresse: S. Stoff, Nordstr. 24, 42551 Velbert Tel.: 02051-50824

In eigener Sache:

Zeitungsmachen kostet Geld. Auch wenn Sie diese Zeitung gratis erhalten haben, müssen wir die Kosten bezahlen. Dazu benutzen wir meistens die Aufwandsentschädigungen unseres Ratsherren Günter Judick, der diese Beträge nicht privat nutzt!!! Über eine Spende Ihrerseits würden wir uns allerdings sehr freuen.

Sollten Sie weiteres Interesse an der Arbeit und den Informationen der **PDS** haben, dann schneiden Sie den Schnipsel aus und schicken ihn entweder an unseren ersten Sprecher Friedel Köster, Kurt-Schumacher-Str. 1, 42553 Velbert oder direkt an unser Ratsmitglied Günter Judick, Brandenbusch 3, 42551 Velbert.

Es wäre schön, von Ihnen zu hören.

Ja, ich bin an weiteren Informationen der **PDS** – Velbert interessiert, bitte schicken Sie mir Ihr Informationsmaterial zu und laden mich zu den Gruppenabenden ein.

Name: _____

Adresse: _____

Tel.: _____